

Name: Stephan Thomae

Alter:

Beruf:

Wohnort:

Partei: FDP



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

Auch wir nehmen wahr, dass Landwirte häufig völlig zu Unrecht als Sündenböcke herhalten müssen. Das widerstrebt uns zu-tiefst. Denn unsere Landwirtschaftsfamilien leisten jeden Tag Großartiges. Sie erhalten unsere Kulturlandschaft und versorgen uns tagtäglich mit hochwertigsten Lebensmitteln. Das ist für viele Menschen selbstverständlich geworden und geht in der öffentlichen Debatte leider allzu oft unter. Dem wollen wir entgegenwirken, denn für uns steht fest: Wer unser Land ernährt, verdient Respekt. Deshalb setzen wir uns für eine verstärkte Aufklärung der Verbraucher ein.

Wir fordern eine systematische Bildungsoffensive zum Thema Ernährung, angefangen in Kitas und Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung (DS 19/9926). Die Herkunft und die Zubereitung von Nahrungsmitteln wollen wir wieder in das Bildungsprogramm der 2. bis 9. Klasse aufnehmen. Denn nur wenn wir den Zusammenhang zwischen Erzeugung und Verwendung von Lebensmitteln den Kindern von klein auf vermittelt werden, kann die Landwirtschaft wieder die Wertschätzung erfahren, die ihr zusteht.

Damit wollen wir die wertvollen gesellschaftlichen Leistungen, die Landwirte Tag für Tag erbringen, wieder stärker im Bewusstsein der Gesellschaft verankern. Nur so können wir es schaffen, dass die Landwirte nicht mehr primär als Schuldige, sondern an oberster Stelle als Produzenten unserer Nahrungsmittel und damit unserer aller Lebensgrundlage wahrgenommen werden.

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

Beim Thema Tierhaltung fordern wir wie auch in vielen anderen Bereichen eine Politik, die auf wissenschaftlichen Fakten anstatt auf Ideologien beruht und die Planungssicherheit schafft. Deshalb fordern wir die Entwicklung einer europäischen Nutztierstrategie, die einen langfristigen Entwicklungspfad aufzeigt (DS 19/20047). Dabei sind sowohl die Belange der landwirtschaftlichen Praxis als auch die der Verbraucher zu berücksichtigen.

Damit mehr Tierwohl auch in der Praxis umgesetzt werden kann, sind für uns baurechtliche Erleichterungen unausweichlich. Daher fordern wir u.a., dass bei Bauvorhaben zugunsten des Tierwohls, bei denen die Anzahl der Tiere nicht wesentlich verändert wird, die Genehmigungspflicht nach dem Immissionsschutzgesetz entfällt und Erleichterungen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt werden (DS 19/20557). Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in der TA-Luft auf unrealistische Nachrüstzeiten und Herabsetzungen der Ammoniak-Geruchsbelastung verzichtet wird, und die Emissionsfaktoren wissenschaftlich fundiert überprüft werden (DS 19/20557).

Zudem wollen wir den Bestandsschutz stärken. Wir fordern, dass Ställe, die nach den zum Zeitpunkt der Genehmigung gültigen Standards gebaut wurden, unabhängig von eventuellen späteren Gesetzesänderungen für mindestens 20 Jahre ohne größere Umbaumaßnahmen genutzt werden dürfen.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Ansatzpunkte für den Abbau von Bürokratie sehen wir bei der Antragstellung der Mehrfachanträge und Agrardieselanträge, beim Grünlandumbruchgebot, bei den baurechtlichen Auflagen beim Neubau von Ställen und Güllelagern, bei den Aufzeichnungspflichten im Zusammenhang mit der Anwendung Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteln sowie bei den CC-Verfahren.

Wir wollen die jeweils zugrundeliegenden rechtlichen Bestimmungen kritisch überprüfen und so weit wie möglich vereinfachen und verschlanken. Dort, wo keine rechtlichen Erleichterungen umsetzbar sind, möchten wir die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen, um Antragsstellungen, Aufzeichnungen etc. so effizient, einfach und zeitsparend wie möglich zu gestalten.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die

notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) wurden einst auf Initiative des damaligen FDP-Landwirtschaftsministers Josef Ertl eingeführt. Zuvor hatte es keinerlei Sicherungssysteme für Landwirte und in Landwirtschaftsbetrieben tätige Menschen gegeben. Deshalb hat die SVLFG gerade für uns Freie Demokraten eine besondere Bedeutung. Seither hat sich allerdings die Struktur und die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe stark verändert. Daher gilt es nun, die agrarsozialen Sicherungssysteme auf zukunftsfähige Beine zu stellen.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Auch hier ist die Verbraucheraufklärung für uns ein wichtiger Ansatzpunkt. In die von uns geforderte Bildungsoffensive (vgl. oben, DS 19/9926) wollen wir auch die Unterschiede zwischen ökologischen und konventionellen Betriebssystemen integrieren – aber definitiv nicht im Sinne der momentan leider in der Gesellschaft dominierenden Schwarz/Weiß-Darstellung. Denn diese ist aus unserer Sicht viel zu oberflächlich, wird der Komplexität der Thematik in keinsten Weise gerecht und hat mit der Praxis in den landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort kaum et-was zu tun. Stattdessen wollen wir, völlig objektiv und frei von jeglichen Ideologien oder Vorurteilen, über die jeweiligen Vor-teile, aber auch die Herausforderung beider Betriebssysteme aufklären.

Ebenso wollen wir in der politischen Debatte den Blick weg lenken vom gegeneinander Auspielen zwischen bio und konventionell. Deshalb sind wir auch strikt gegen Quotenregelungen für einen Mindestanteil an biologisch bewirtschafteten Flächen. Für uns geht es nicht darum, welche der beiden Wirtschaftsweisen besser oder schlechter ist als die andere. An oberster Stelle steht für uns stattdessen die Frage, wie wir die aktuellen Herausforderungen bestmöglich bewältigen können. Dazu zählen die Biodiversität und der Klimaschutz, von mindestens genauso großer Bedeutung ist aber auch die Ernährungssicherung für eine stetig wachsende Weltbevölkerung. Ob diesbezügliche Leistungen wie Agrarumweltmaßnahmen und die Nahrungsmittelproduktion von ökologischen oder konventionellen Betrieben erbracht werden, spielt für uns keine Rolle.

Ebenso verhält es sich bei der Diskussion um Massentierhaltung. Für uns Freie Demokraten ist nicht die reine Anzahl an Tieren relevant, sondern stets das Verhältnis von Tier und Platz sowie der Einstellung der Landwirte zu den Tieren. Wenn eine wertschätzende Tierhaltung mit ausreichend Platz und ausreichend Fachkräften garantiert ist, können auch große Landwirtschaftliche Betriebe das Tierwohl einhalten.

Am Ende soll jeder Landwirt frei entscheiden dürfen, ob er öko-logisch oder konventionell wirtschaften möchte. Und genauso soll auch jeder Verbraucher die Wahlfreiheit zwischen Bio-Produkten und konventionellen Produkten haben.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Wir fordern, anstatt emotional aufgeladener Ideologien wieder wissenschaftliche Fakten in den Mittelpunkt zu rücken – so-wohl in der gesellschaftlichen Debatte als auch bei politischen Entscheidungen.

Im Zuge der von uns geforderten Bildungsoffensive (DS 19/9926) wollen wir die Bedeutung von Pflanzenschutz allgemein und Pflanzenschutzmitteln im Speziellen für die Ertrags- und Qualitätssicherung wieder stärker im Bewusstsein der Gesellschaft verankern. Denn unserer Wahrnehmung nach werden insbesondere Pflanzenschutzmittel häufig nur als reine Umweltgifte dargestellt, und ihre Schutzwirkung vor oft noch viel toxischeren Mykotoxinen beispielsweise wird völlig außer Acht gelassen. Wir setzen uns dafür ein, dass in der gesellschaftlichen und politischen Debatte wieder beide Aspekte in den Blick genommen werden, der Schutz unserer Umwelt ebenso wie die Sicherung der Nahrungsmittelproduktion.

Um das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit zu stärken, die Natur nicht zu gefährden und die gesellschaftliche Akzeptanz für Pflanzenschutzmaßnahmen zu erhöhen, fordern wir, die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutz-mittel sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene transparenter gestalten. Zudem halten wir es für hilfreich, die beteiligten Behörden mit der Durchführung eigener, unabhängiger wissenschaftlicher Studien zu beauftragen. Des Weiteren möchten wir durch Informations- und Beratungsangebote der zuständigen Ressortforschungseinrichtungen sicherzustellen, dass beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deren Auswirkungen auf die Biodiversität stärker berücksichtigt werden.

Daneben möchten wir beim Pflanzenschutz und auch der Pflanzenzüchtung Forschung und Innovationen fördern, insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Denn in innovativen Technologien wie dem Smart Farming sehen wir großes Potential, ohne Ertragseinbußen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu senken. (DS 19/216)

Mit all diesen Maßnahmen möchten wir das Wissen, die Akzeptanz und das Vertrauen der Verbraucher fördern und so dazu beitragen, dass wieder mehr Sachlichkeit in die gesellschaftliche Debatte einkehrt.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Uns ist sehr bewusst, dass Verschärfungen auf nationaler Ebene den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt verzerren und die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft gegenüber den europäischen Wettbewerbern verschlechtern. Faire Wettbewerbsbedingungen hingegen lassen sich nur mit einheitlichen Produktionsstandards erfüllen.

Deshalb fordern wir auf EU-Ebene eine Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Umwelt- und Tierschutzaufgaben. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass bei der TA-Luft auf Auflagen, die die strenger sind als europarechtlich erforderlich ist, verzichtet wird. Außerdem schlagen wir die Entwicklung einer europäischen Nutztierstrategie vor, die einen langfristigen Entwicklungspfad für die Tierhaltungsbedingungen in Europa aufzeigt. Außerdem fordern wir die Einführung eines EU-weit einheitlichen, verbindlichen Tierwohl- und Herkunftskennzeichens für alle tierischen Erzeugnisse, damit sich Verbraucher bewusst für höherwertige und/oder regionale Produkte entscheiden können. (DS 19/20047)

Auf internationaler Ebene wollen wir bei Handelsabkommen sicherstellen, dass sämtliche importierte Agrargüter die in der EU und in Deutschland geltenden Standards erfüllen, sowohl im Hinblick auf die Prozess- als auch auf die Produktqualität. Handelsabkommen müssen grundsätzlich im Einklang mit den sozialen Belangen der Landwirtschaft und hierzulande gültigen Umweltauflagen stehen.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Ein sofortiges Verbot der Anbindehaltung lehnen wir ab. Denn das würde vor allem kleine und mittlere Betriebe aus dem Markt drängen und somit den Strukturwandel beschleunigen. Wenn Landwirte aber ihren Betrieb aufgeben oder wir bei Tierwohlfragen aufs Ausland verweisen, dann ist vielleicht kurzfristig dem guten

Gewissen, nicht aber dem Tier geholfen. Stattdessen wollen wir mit einer gezielten Agrarinvestitions-förderung Anreize für eine höhere Modernisierungsrate der Tierhaltungssysteme setzen.

Gleichzeitig merken wir an, dass gerade die Anbindehaltung in Kombination mit der Weidetierhaltung in den Sommermonaten von der reinen Anbindehaltung ganzjährig zu unterscheiden ist. Ein Schwarz-Weiß-Malerei ist nicht sinnvoll und wird der Diskussion nicht gerecht.

Und ja, selbstverständlich erheben wir öffentlich unsere Stimme für unsere Position: Kein sofortiges und generelles Verbot der Anbindehaltung, sondern ein schrittweiser, von Investitionsförderungen flankierter Umstieg hin zu zukunftssicheren Haltungsformen. Das kann beispielsweise die Kombination der Anbindehaltung mit Weidegang sein oder mittel- bis langfristig der Wechsel zu Laufställen.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Wir schlagen vor, den Kommunen unverbindliche Kontingente als Orientierungswert zuzuweisen. Sollte sich das Prinzip der Freiwilligkeit nach 10 Jahren als nicht wirksam herausstellen, ist über weitere Maßnahmen zu diskutieren. Künftig sind in unseren Augen verstärkt Nachverdichtungen und mehrstöckige Bauweisen in Betracht zu ziehen. Außerdem ist der Flächen-verbrauch durch Infrastruktur- und Ausgleichsmaßnahmen zu minimieren, um die wertvollen landwirtschaftlichen Produktionsflächen zu erhalten.

Daneben möchten wir die Biodiversitätsleistung von Stilllegungsflächen einer umfassenden wissenschaftlichen Überprüfung unterziehen. Sollte sich dabei herausstellen, dass produktionsintegrierte Maßnahme wie vielfältigen Fruchtfolgen, Blühstreifen oder Zwischenfruchtmischungen vergleichbare Beiträge zum Erhalt der Biodiversität leisten, sind diese unserer Überzeugung nach einer kompletten Stilllegung von fruchtbarstem Ackerland vorzuziehen. Denn wir wollen möglichst vermeiden, dass die für die Nahrungsmittelproduktion verfügbaren Flächen durch derartige Maßnahmen noch zusätzlich verringert werden.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Wir machen uns aus Überzeugung und großer Leidenschaft für den Erhalt unserer heimischen bäuerlichen Landwirtschaft stark – und das frei von jeglichen Ideologien oder Vorteilen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass Ihre Betriebe mehr Wertschätzung, Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven erhalten. Wir sind

überzeugt, dass Sie mehr unternehmerische Freiheiten und weniger bürokratische Auflagen verdienen und der Respekt vor Eigentum endlich mehr in den Fokus treten muss. Denn nur mit Ihnen können wir unsere Ernährungssicherheit langfristig gewährleisten.

Für diese Prinzipien standen wir als FDP in den letzten vier Jahren ein und wollen diese in Zukunft auch in die Realität umsetzen.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Wer unser Land ernährt, verdient Respekt. Danke, dass Sie uns Tag für Tag mit besten Lebensmitteln versorgen!

Nehmen Sie weiterhin mit einer lauten Stimme an der gesellschaftlichen Debatte teil, auch wenn es manchmal hart ist, gegen den Mainstream anzutreten!

Wir sind für Sie da und setzen uns aus Überzeugung für Ihre Belange ein. Kommen Sie gerne auf uns zu, falls Sie irgendein landwirtschaftspolitisches Anliegen haben. Teilen Sie uns bei diskutierten Gesetzesänderungen Ihre Meinungen und eventuellen Befürchtungen am besten vor der Verabschiedung entsprechender Gesetze mit, damit wir während des Gesetzgebungsprozesses noch die Chance haben, Ihre Anliegen in die endgültige Entscheidung einfließen zu lassen.

Wir freuen uns über Ihr Vertrauen und Ihre Stimme am 26. September 2021!